

# Baugewerkschaft

## Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementpreis (vierteljährlich) 2 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. • Redaktionsabzug: Abdruck morgens 9 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Belegpreis: Infolge des Preises 1,50 Mark für Belegausgaben 15 Pf. von jeder Seite. Bei Anzeigenannahme 3 Tage vor Erscheinen jedes Nummern.

### Mitglieder- u. Kassenentwicklung unseres Verbandes im Jahre 1916

Aus Sparfamilitätgründen ist diesmal haben wir stand genommen worden, die Jahresabrechnung des Verbandes, nach Verwaltungskassen gegliedert, in der „Baugewerkschaft“ zu veröffentlichen. Wir wollen daher im Nachfolgenden das Wissenswerte über den Stand unseres Verbandes im verfloffenen Jahre mitteilen.

Die Mitgliederentwicklung ist wenig befriedigend. Während 1915 im Jahresdurchschnitt noch 8976 zahlende Mitglieder vorhanden waren, konnten 1916 nur 7851 gezählt werden. Der Rückgang beträgt also 2124 Mitglieder im Jahresdurchschnitt. Verursacht wurde er zum weitaus größten Teile durch die Neueinzehungen zum Heeresdienst. Da fast alle in der Friedenszeit als Vertrauensleute tätigen Kollegen eingezogen sind und Ersatz nicht immer zu haben ist, sind auch 1916 wieder Mitglieder verlorengegangen, die im anderen Falle zu halten gewesen wären. 1915 erfolgten 8066, 1916 8888 Neueinzehungen.

In den einzelnen Quartalsjahren war der Mitgliederbestand folgender:

	1915	1916
I. Vierteljahr	10 772	8407
II. „	10 128	8408
III. „	9 602	7489
IV. „	9 808	7102

Die Zahl der zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder kann nicht genau angegeben werden. Sie wird vom Verbandsvorstand auf 80 000 geschätzt. In mehr als 50 Bahnhöfen sind alle Mitglieder eingezogen, so daß das Verbandtleben dort gänzlich ruht. Wir sind der Ansicht, daß das Baugewerbe zu denjenigen Gruppen gehört, die prozentualer die meisten Kämpfer stellen. Die Tätigkeit der Bauarbeiter vollzieht sich zum allergrößten Teil in feilscher Luft, was ihnen auch ein frisches Aussehen verleiht. Die Folge ist Befund militärischer Tauglichkeit in höherem Maße, als zurzeit der Arbeiter unter Tage und in dunkelsten Fabrikräumen. Der christliche Bergarbeiterverband zählte 1915 im Jahresdurchschnitt 88 652 Mitglieder, unser Verband 49 529. Der erstere hatte bis Ende 1916 1891 Gefallene, der letztere bis zum demselben Zeitpunkt aber 1962 durch den Selbsttod Dahingeraffene zu verzeichnen. Dabei sprechen wichtige Gründe für die Annahme, daß die Werbung der Gefallenen beim Bergarbeiterverband vollständiger ist als bei dem unsrigen. Der Bergarbeiterverband hat nach den gemeldeten Fällen 258 Prozent, der unsrige aber 450 Prozent seines Mitgliederbestandes im Jahre 1916 durch Tod infolge von Kriegsverletzungen verloren. Diese Verlustrechnung läßt auch einen Schluß auf das Eingliederungsverhältnis dieser beiden Verbände ziehen. Da im laufenden Jahre Eingezehungen in so großer Zahl wie in den Vorjahren, nicht zu erwarten sind, hoffen wir, daß ein weiteres Sinken der Mitgliederzahlen nicht mehr eintritt. Es bedarf aber großer Aufmerksamkeit aller Parteimitglieder, um die noch vorhandenen Mitglieder festzuhalten und durch eifrige Agitation neue zu gewinnen. Spannend ist daher alle unsere Kräfte an, damit am Jahresstufende 1917 ein befriedigenderes Resultat vorliegt, wie für 1916.

Der Mitgliederentwicklung entsprechend war auch die Kassenentwicklung. Während 1915 von 252 527,30 M an Einnahmen erzielt wurden, betrug 1916 nur 199 000,00 M. Dies ist ein Rückgang um 53 527,30 M. Die geringeren Einnahmen an Agitationsbeiträgen be-

trug sich auf 4292,88 M. 1915: 11 556,80 M. 1916: 7292,88 M. Dagegen stellten sich die sonstigen Einnahmen der Verwaltungskassen wie 10 004,84 M höher als 1915. Im letztgenannten Jahre betrugen sie 5524,95 M, 1916: 16 189,29 M.

Die Ausgaben für Verbandsorgane sind 1916 nur um 877,87 M geringer als 1915, und betrugen 29 782,52 M, trotz der verringerten Auflage. Der Grund hierfür liegt in den gestiegenen Papierpreisen, in der Portoerhöhung und der Zahlung eines weiteren Feuerungszuschlages an die Druckerei.

Das Agitationskonto erforderte 1916 84 609,98 M. Es ist um 14 901,12 M höher als 1915, was hauptsächlich auf die Zuschüsse an die Lokalfunktionen zurückzuführen ist. Unter dem Agitationskonto marschieren auch Ausgaben, die, im strengen Sinne, nicht darunter gehören. Aufgeführt sind darunter u. a. die Gehälter und sonstigen Ausgaben der Bezirksleiter. Letztere können, wie die Dinge heute liegen, wohl nur den kleineren Teil ihrer Zeit für die Agitation verwenden. Sie werden durch Erstellung von Rechtschul, Durchführung der Tarifverträge, Kriegsfürsorgetätigkeit und dergleichen in eine größere Nähe in Anspruch genommen. Meistlich erhält es sich mit ihren Auslagen und Unkosten. Wenn das Agitationskonto zu hoch erscheint, möge an diese Tatsachen denken. Es bleibt zu prüfen, ob in Zukunft bei Aufstellung der Jahresabrechnung diesen Tatsachen nicht mehr Rechnung getragen werden kann.

Das Unterstützungskonto ist 1916 um 229 611,54 M geringer als 1915 und betrug 1916 245 827,66 M, 1915: 1 059 118,21 M. Aus sozialpolitischen Gründen muß die Verbandsführung darauf bedacht sein, den größten Teil des Verbandsvermögens über den Krieg hinaus zu erhalten. Aus diesem Grunde ist von der Zahlung neuer Raten Kriegs-familien-Unterstützung Abstand genommen worden. Es wurden nur noch die infolge Nachmeldung rückständigen Raten nachgezahlt. Auch die Krankenunterstützung ist um 8229,45 M geringer als 1915, was in der geringeren Mitgliederzahl seine Begründung findet. 1915 erforderte sie 24 494,55 M, 1916 26 179,10 M.

Die Verwaltungsausgaben beliefen sich 1916 auf 52 953,44 M, 1915 dagegen auf 82 129,12 M. Sie sind im letzten Berichtsjahre um 9179,68 M geringer als im vorangegangenen. Weniger Ausgaben für Anschaffungen von Bureau- und Verbandsmaterial sind die Ursache der niedrigeren Differenz.

Auch die Ausgaben der Lokalkassen sind zurückgegangen. Sie betrugen 1916: 104 069,34 M, 1915: 80 431,89 M. Trotz der beträchtlichen Ausgabe U. der Bestand der Lokalkassen doch noch um 5348,49 Mark zurückgegangen. Er betrug 1915: 149 974,14 Mark, 1916: 144 625,65 M. Hierbei tritt die Mindereinnahme der Lokalkassen recht deutlich in Erscheinung.

Die Zentralkasse hat 1916 ihren Bestand um 58 945,74 M anwachsen müssen, was heißt, um sozial überlegen die Ausgaben die Einnahmen. Der Verbandsvorstand wird auch im laufenden Jahre die strengste Sparfamilität üben müssen, um ein größeres Maß zu vermeiden. Der Vermögensbestand von 7 122 287,11 M betrug 1 038 241,40 M im Berichtsjahr und 14 625,65 M in den Lokalkassen, nach der Kriegsfamilien-Unterstützung, ist gerade kein Anhaltspunkt zu nennen. Angelegenheiten des bevorstehenden Jahres sind wir nach alle Ursache, ganz außer Acht zu lassen. Eine weitere Stärkung unserer Verbandskassen ist nicht möglich, da die Einnahmen der Lokalkassen durch die Kriegsfamilien-Unterstützung und die Erhaltung der Sozialpolitik und der Agitation...

Seine volle Pflicht tun, dann werden wir unseren aus dem Jahre zurückkehrenden Kollegen gegenüber mit Ehren bestehen und am Schluß des laufenden Jahres ein bestmögliches Resultat aufzuweisen können!

### Mangelnde Einsicht

Auf einer Versammlung der christlichen Bauvereine Bayerns in Regensburg wurde die sofortige Verabschiedung der Fleischration für die Zivilbevölkerung von 600 auf 350 Gramm gefordert. Es wurde dabei von verheerenden Eingriffen in unsere Viehbestände geredet. Dem Reich koste dieser „Spaß“ über 700 Millionen Mark; damit war die billigere Fleischabgabe an die Zivilbevölkerung gemeint.

Diese Forderung war mit scharfen Angriffen auf unsere Ernährungspolitik allgemein verknüpft. Wir bauern dieselben, weil sie so wenig Einblick in die Lage der städtischen Bevölkerung bekunden. Die Vertreter der Landwirtschaft fordern dauernd von den Stadtbewohnern ein größeres Maß von Verständnis für die Forderungen, unter denen die Landwirtschaft zu arbeiten hat. Diese Forderung wird zum Teil mit Recht erhoben. Dann aber muß man verlangen, daß auch von landwirtschaftlicher Seite die Schwierigkeiten, unter denen die städtische Bevölkerung lebt, erkannt werden, anstatt Forderungen zu erheben, die jedes Maß von Einsicht vermissen lassen. Der gewöhnlichste Verstandesmaßstab, wie Stadt und Land wird durch die Art der Verhandlungen wie in Regensburg kein Dienst erwiesen, im Gegenteil, die vorhandene Gegensätze werden nur noch verschärft.

Kommen wir auf die Beweggründe zur Erhöhung der Fleischration noch einmal zurück. Der Leiter des Reichsernährungsamtes hat sich lange Zeit gegen jede Erhöhung der Fleischration gewehrt, obwohl im parlamentarischen Ernährungsbeirat des Reichstages eine starke Strömung gegen ihn war. Von dieser Seite wurde behauptet, es sei eine dauernde Erhöhung der Fleischration möglich, ohne unsere Viehbestände im wesentlichen zu verkleinern. Datocki hat sich durch diese Darlegungen nicht beeinflussen lassen. Erst als die Notwendigkeit der Verfürgung der Brotration sich herausstellte, war dieser Widerstand nicht mehr möglich. Der Mindestbestand hatte sich im vergangenen Jahr schmerzhaft gesteigert und zwar um nahezu 1/2 Million, so daß der Bestand wie vor dem Kriege fast erreicht war. Die Zahl der Schweine betrug im September 1916 17 Millionen, im Dezember ebenfalls noch 17 Millionen. Es war angenommen worden, und bei der Knappheit der Lebensmittel war es dringend zu wünschen, die Zahl der Schweine würde sich von September bis Dezember um einige Millionen verringern. Diese Rechnung war falsch. Inwieweit später eine Verminderung eingetreten ist, darüber haben wir keine sichere Unterlage. Drei bis fünf Millionen Schweine sind unter der Hand verschwunden, sie haben den Weg in den Schlachthandel gefunden. Sollen wir nun wiederum daran erinnern, daß es unmöglich ist, eine gleich große Anzahl Tiere bei wesentlich verringerten Lebens- und Futtermitteln auf die Dauer ernähren zu können? Wir glauben uns dieser Frage überhoben. Mit dem Fortschritt des Lebens- und Futtermittelmangels, mit der Verknappung unserer eigenen Werte ist dieses eine pure Unmöglichkeit. Einmal mehr tritt immer wieder in den Vordergrund: Der Bestand des Viehs in der Gegend, die Vieh in der Hand der Bauern und den Vieh in der Hand der Städte. Die große Menge Viehbestand ist nur bei großer Viehkrankheit möglich, wie bei der Grippe, die im Jahre 1916, bei der Vieh in der Hand der Städte wieder zurückkehrte. Die Grippe war ein Ausbruch der Grippe, die im Jahre 1916...



Schwerstarbeiter gelten, das Baugewerbe werde dadurch erheblich geschädigt.

Fortfall der Strafe des Anbindens. Nr. 27 des Armeeverordnungsblattes veröffentlicht folgenden Armeebefehl:

In Abänderung meines Armeebefehls vom 1. August 1914 bestimme ich:

Die Vollstreckung des strengen Arrestes durch Anbinden kommt in Fortfall.

Die Vollstreckung des strengen Arrestes durch Anbinden kommt in Fortfall. Die in Absatz 2 des Armeebefehls angegebenen Verhältnisse vor, so ist die Strafe in der gleichen Weise, wie für den mittleren Arrest vorgesehen, zu vollstrecken.

Großes Hauptquartier, den 18. Mai 1917. Wilhelm.

Strenge Viehbestandsaufnahme. Die Viehzählungen vom 1. Juni und demnächst vom 1. September 1917 bilden die Grundlage entscheidender Maßnahmen auf dem Gebiet der Ernährungs- und Futterwirtschaft des neuen Erntejahres.

Erweiterung des englischen Munitionsgesetzes. Durch einen Nachtrag zum Munitionsgesetz hat der britische Munitionsminister das Recht erhalten, die Bestimmungen des Gesetzes auf jede Art von Arbeit anzuwenden, die nach seiner Ansicht von nationaler Wichtigkeit ist.

Hessen entsendet Arbeiter in die Ernährungsämter. Das hessische Ministerium des Innern hat angeordnet, daß den Landesverteilungsstellen sowie den Bürgermeistern dem Arbeiterstand angehörige Personen zugeteilt werden.

Berechtigter Reingewinn? Die Aktiengesellschaft für Kohlenfäure-Industrie in Berlin, deren Reingewinn 1916 nur um 1800 M. unter dem vorjährigen Gewinn blieb, gibt wieder 18 Prozent Dividende und begründet das in erfreulicher Offenheit damit, daß zwar der Absatz um 10 Prozent zurückging, dafür aber die Verkaufspreise höher waren.

Die Steuererhöhung im Buchdruckergewerbe. Die fortgesetzte steigende Steuer machte auch im Buchdruckergewerbe eine Erhöhung der Steuererhöhung notwendig. Buchdruckerverband und Gutenbergbund traten mit entsprechenden Anträgen im April an den Deutschen Buchdruckerverein heran.

Table with 7 columns: Gehalt, Steuerklasse, Steuerbetrag, Steuerklasse, Steuerbetrag, Steuerklasse, Steuerbetrag. Rows show tax brackets from 0-1 to über 9.

Der Buchdrucker tarif sieht bekanntlich Mindestlohnbestimmungen vor, wozu örtliche Sozialzuschläge je nach den Steuerungsverhältnissen hinzutreten. Man wird nicht behaupten können, daß die jetzige Steuererhöhung als ein besonderes Entgegenkommen der Buchdruckerbesitzer bezeichnet werden kann.

Das sozialpolitische Ergebnis des letzten Abschmittes des Reichstags, der sich am 16. Mai auf 5. Juli vertagt.

Am Sonntag, den 10. Juni, ist der 15. Wochenbeitrag fällig.

hat, so schreibt die „Soz. Praxis“ in Nr. 34, ist größer, als auf den ersten Blick vielleicht erscheinen mag. Zwar fehlen große sozialpolitische Aktionen: die nach der kaiserlichen Osterbotschaft auftauchende Aussicht, die Reichsregierung werde mit der Aufhebung des § 153 der C.-D. und dem Arbeitskammergesetz an der Reichstag herantreten, hat sich leider nicht verwirklicht.

„Ein streitender Grundbesitzer in Rheinhessen.“

Unter dieser Schlagmarke schreibt das „Darmstädter Tageblatt“ (Nr. 110): „Schweres öffentliches Vergernis erregt in der Gemeinde Jochenheim das unbegreifliche, höchst unpatriotische Verhalten eines hier begüterten Grundbesitzers aus Spremlingen. Der gute Mann, der wohl selbst keine Not kennt, läßt seit zwei Jahren seine hier liegenden vier Acker mit einem Gesamtflächeninhalt von rund fünf Morgen völlig ungebaut liegen.“

Von den englischen Friedensbedingungen.

Die englische Blätter sich die Friedensbedingungen für Deutschland vorstellen, dafür liefert die „Financial News“ folgendes Beispiel: „Wir wollen Deutschland einmal nicht als den triumphierenden Angreifer auf dem Wirtschaftsgelbiet betrachten, sondern aus dem Gesichtspunkt einer „Anlage“, an die wir gegenwärtig zahllose und unberechenbare Summen von Geld, Tränen und Blut wenden.“

Gehören diese Leute nicht ins Tollhaus? Für die gibt es nur ein Mittel, sie schlagen, bis sie am Boden liegen.

Wirtschaftliche Bewegung

Bezirk Berlin.

Berlin. Bekanntlich hat der Zimmererverband die für Groß-Berlin getroffene Vereinbarung über die Steuererhöhung abgelehnt. Der Deutsche Bauarbeiterverband und wir haben dagegen das Angebot der Arbeitgeber angenommen. Der Verband der Baugeschäfte für Groß-Berlin hat diesen beiden Organisationen folgende Sicherungsklausel ausgestellt: „Sollten wir bis zum 31. August 1917 mit der hiesigen Zahlstelle des Zentralverbandes der Zimmerer irgendeinen Abschluß über Veränderungen des für die Zimmerer im Tarifbezirk Groß-Berlin bestehenden Tarifvertrages tätigen, durch welchen den Zimmerern im Gegensatz zu den geltenden Tarifbestimmungen Vergünstigungen zugesichert werden, welche in irgendeinem Punkte über die dem Bauarbeiterverband und der christlichen Organisation zugehenden Bedingungen hinausgehen, so sollen alle Vergünstigungen in gleicher Weise ohne weiteres den Maurern, Zementfacharbeitern und Bauarbeitern zugute kommen.“

Rechtsschuss am Reichsversicherungsamt

Das von den christlich-nationalen Arbeiterorganisationen für die Vertretung von Versicherten vor dem Reichsversicherungsamt und vor dem Obertribunalgericht in Knappschaftsangelegenheiten in Berlin unterhaltenen Zentralrechtschussbureau hat im Jahre 1916 nach seinem im „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ Nr. 11, 1917 veröffentlichten Bericht 337 Vertretungen wahrgenommen; 29 davon betrafen Streitfälle aus der Kranken- und Invalidenversicherung, 19 Knappschaftsangelegenheiten, und in 289 Streitfällen handelte es sich um Unfallversicherungssachen. Von Erfolg waren bei der ersten Vertretung, zusammen 148 unter Einrechnung von drei am Oberversicherungsamt Groß-Berlin bei 12 Vertretungen erzielten Erfolgen. Von allen Vertretungen waren 12,4 Prozent, von denselben bei Unfallversicherungssachen allein 43,6 Prozent erfolgreich, während die letzte Zahl im Durchschnitt der Jahre 1914 und 1915 38,97 Prozent betrug und von allen vom Reichsversicherungsamt verhandelten Unfallversicherungssachen 21,6 Prozent in 1914 und 15,7 Prozent in 1915 mit Erfolg endeten. Bei der Hälfte der in 1916 erstrittenen Erfolge konnte die Höhe der Rentennachzahlungen mit 45 295,79 M. festgestellt werden. Der Bericht erörtert dann bemerkenswerte Fragen der Rechtsprechung, die bekanntlich in der Arbeiterversicherung in hohem Maße ein Faktor ist, der selbst neues Recht schafft, weil das Gesetz die verwickeltesten Tatsachen und Rechtsfragen meist nur mit wenigen Sätzen umschreibt, so daß der Auslegung durch die Richter der allerweiteste Spielraum bleibt; in manchen Fragen geht das so weit, daß die Rechtsprechung den Willen des Gesetzgebers außer acht läßt, den er zwar nicht im Gesetz selbst klar genug ausdrückte, dafür aber um so deutlicher bei den geschäftlichen Beratungen bekundet. Endlich schreibt der Bericht die Frage des Realwerts der Renten an, die infolge der Kriegsteuerung erheblich an Bedeutung gewonnen hat. An Beispielen wird gezeigt, wie ungerecht das geltende Rentenrechnungssystem wirkt, wie es die schwankende Kaufkraft des Geldes gänzlich unbeachtet läßt; viele Versicherte erhalten infolgedessen nur einen Bruchteil dessen, auf den sie heute durch Invalidität oder Unfallfolgen an wirtschaftlichem Schaden entfallen. Trotz der unüberwindlichen Schwierigkeiten ist Abhilfe dringend geboten; denn die Rentempfänger, und am meisten die hochgradig erwerbsbeschränkten, leiden heute Not, weil ihre Bezüge gegenüber der Zeit vor dem Kriege nur noch höchstens den halben Realwert haben; läßt eine Unfallrente aber z. B. bei einem jetzt 42-jährigen Mann schon seit 1892, dann deckt die Rente heute noch viel weniger als die Hälfte des gegenwärtigen wirtschaftlichen Schadens. Als vorläufige Hilfe sollten wenigstens Zuschüsse gegeben werden; die Opfer des Kampfes der deutschen Arbeit, die Deutschlands Weltgeltung schuf und es stark machte zum gigantischen Ringer der Gegenwart, haben eine solche Fürsorge wohl verdient. — Die Arbeit des Zentralrechtschussbureaus hat wieder viel Nutzen gestiftet. Das Bureau kann während des Krieges, der viele Volksbureaus und Arbeitersekretariate im Reich lahm legte, zur Rechtsberatung und Aufklärung der erforderlichen Schriftsätze bei Streitfällen vor den unteren Spruchämtern und zur Vorbereitung der Rechtsmittel für die obersten Spruchämter in Berlin auch unmittelbar in Anspruch genommen werden. Seine Anschrift lautet: Berlin O. 27, Blumenstraße 75 (Mag. Kiesel). — Im Anschluß hieran sei für unsere Berliner Kollegen bemerkt, daß mit dem Zentralrechtschussbureau auch eine vom Berliner Gewerkschaftsamt unterhaltene Rechtsauskunftsstelle verbunden ist, die jedermann kostenlos zur Verfügung steht. Wer dort persönlich vorprechen will, soll sich vorher telefonisch (Amt Alexander 100) anmelden, um nicht vergebliche Wege zu machen.

Verbandsnachrichten

Schallobenbach. Da die Kollegen der hiesigen Zahlstelle über die Pfingsttage vollzählig zu Hause waren, hatte der Zahlstellenvorstand auf Sonntag, den 27. Mai, eine Versammlung einberufen, zu der die Kollegen sämtlich erschienen waren. Bei Beginn seines Vortrages gedachte unser Bezirksleiter, Kollege Kiesel, in erster Linie der im Kriege gefallenen Kollegen aus hiesiger Zahlstelle. Zu Ehren der gefallenen Helfer erhoben sich die Kollegen von ihren Sigen. Der Redner behandelte sodann die für uns wichtigsten Paragraphen über den

